

## Kein Wandel in Sicht

### Die politische und religiöse Situation in der Volksrepublik China

*Während in den ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas inzwischen wieder gesetzlich garantierte Religionsfreiheit herrscht und in der Sowjetunion der Spielraum für die Kirchen und Religionsgemeinschaften erheblich erweitert wurde, ist die Religionspolitik der Volksrepublik China nach wie vor von Kontrolle und Bevormundung geprägt. Der staatliche Argwohn richtet sich besonders gegen die katholische „Untergrundkirche“, gegen die mit Verhaftungen und Verhören vorgegangen wird. Die Führung der Volksrepublik China hält insgesamt an der kommunistischen Parteiherrschaft fest; politischer Pluralismus wird nach wie vor abgelehnt.*

Seit Mitte Juni führten starke Regenfälle zu großen Überschwemmungen des Yangtze (Changjiang), der Flüsse Huai und Hai und auch des Huanghe (Gelben Flusses). Von der Flutkatastrophe sind 18 Provinzen und regierungsunmittelbare Städte betroffen, unter ihnen vor allem Anhui, Henan, Jiangsu, Sichuan, Zhejiang sowie die Großstädte Peking und Shanghai. Viele Berichte sprechen von der größten Flutkatastrophe seit Bestehen der Volksrepublik China, andere reden von einer Jahrhundertflut. Es ist schon fast ironisch, wenn die offiziöse „Beijing Rundschau“ in der Juli-Nummer 1991 in einem Jubiläumsartikel zum 70jährigen Bestehen der kommunistischen Partei Chinas unter den vielen Erfolgen der chinesischen Kommunisten auch davon berichtet, daß es erstmals in der chinesischen Geschichte gelungen sei, die ständigen Hochwasser der großen Flüsse unter Kontrolle zu bekommen. „Nach der Gründung des Neuen China wurden unter Führung der Kommunistischen Partei an den Ufern des Gelben Flusses Dämme, Stauseen und Kraftwerke gebaut. Nach einer umfassenden Regulierung hat der Gelbe Fluß in den letzten 40 Jahren keinen Schaden mehr angerichtet. Der Huaihe wurde innerhalb von fünf Jahren gebändigt, so daß die 60 Millionen Einwohner in seinem Einflußgebiet nicht mehr von Überschwemmung bedroht sind“ (Beijing Rundschau, Nr. 26, 2.7.91, S. 15f.).

Die jetzigen Überschwemmungen haben nach offiziellen Angaben über 1400 Todesopfer gefordert und große Teile der Getreideernte in den betroffenen Gebieten vernichtet. Die Verluste belaufen sich nach offiziellen Angaben bereits auf mindestens 30 Milliarden Yen (ca. 5 Milliarden US-Dollar). Die Tatsache, daß die chinesische Regierung sich am 11. Juli erstmals an das Ausland um Hilfe für die Opfer gewandt hat, läßt das gewaltige Ausmaß der Verwüstungen ahnen. Etwa 200 Millionen Menschen sind direkt von der Katastrophe betroffen. Die ersten Berichte über das Auftreten von epidemischen Krankheiten wie Durchfall und Malaria werden aus den überfluteten Gebieten gemeldet, wo die Trinkwasserversorgung ernstlich gefährdet ist. Das Ende der Katastrophe ist noch nicht abzusehen, da die eigentliche Regenzeit

gerade erst begonnen hat. Die Regierung bemüht sich, durch Einsatz von Truppen, Besuche hoher Funktionäre und Entschädigungszahlungen die betroffene Bevölkerung von der Effizienz des „sozialistischen Systems“ zu überzeugen und zu verhindern, daß die gerade gewonnene „innere Stabilität“ erneut gefährdet wird. Immerhin sieht sie sich genötigt, vor dem Rückfall in „feudalistische Praktiken“ eine Deutung der gewaltigen Naturkatastrophe als Hinweis auf bevorstehende politische Veränderungen in Folge des Versagens der Regierenden zu warnen. Ministerpräsident *Li Peng* war Anfang Juli im Nahen Osten zu Staatsbesuchen unterwegs, wo er sechs Länder – Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Iran, Syrien und Kuwait – besuchte, um „die traditionelle Freundschaft, das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit“ mit diesen Ländern zu fördern. Der chinesischen Regierung gab diese Reise Gelegenheit, die Normalität der außenpolitischen Rolle der VR China in dieser Region aufzuzeigen, wie sie China während des Golfkriegs als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates ausüben konnte. Um Gerüchten über fortdauernde chinesische Waffenexporte in diese Krisenregion entgegenzutreten, betonte *Li Peng*, daß die VR China Waffen nur zu Verteidigungszwecken exportiere und grundsätzlich keine Einflußnahme auf die inneren Verhältnisse eines Landes durch Waffenverkäufe nehme.

Einen weiteren außenpolitischen Erfolg erzielte die Regierung *Li Pengs* durch das Abkommen über den geplanten Flughafenbau in *Hongkong* mit der englischen Regierung. England stimmt in diesem Abkommen zu, daß in allen Fragen des Flughafenbaus China ein Mitspracherecht haben, die Bank of China bei der Finanzierung eine „angemessene Rolle“ spielen wird und bei der Rückkehr der Kronkolonie 1997 mindestens 25 Milliarden Hongkong-Dollar Finanzreserven vorhanden sein müssen. In *Hongkong* hat dieses Abkommen den Eindruck verstärkt, daß es mit der Eigenständigkeit der zukünftigen „Sonderverwaltungszone *Hongkong*“ schon jetzt nicht mehr weit her ist, und die Aussichten für die Zukunft eher noch schlechter sind als ohnehin schon befürchtet.

Daß sich das Verhältnis der VR China zur *Sowjetunion* normalisiert hat, signalisierte der Besuch des Generalsekretärs der chinesischen kommunistischen Partei, *Jiang Zemin*, der sich vom 15. bis zum 19. Mai 1991 zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR aufhielt. In einem Schlußkommuniqué wurden die gegenseitigen Beziehungen als gut bezeichnet. Es kam ebenfalls zu einem Grenzabkommen zwischen den beiden Ländern, die eine 7000 km lange gemeinsame Grenze haben. Ohne größeres Aufsehen übergab die UdSSR einige Inseln in den Grenzflüssen Amur und Ussuri an die VR China, um die seit 1949 es mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern gekommen war.

Nach langem Hin und Her in den verschiedenen politischen Gremien der USA wurde am 24.7.91 der VR China wieder die Meistbegünstigung im Außenhandel mit den USA eingeräumt. Zwar wurden eine Reihe Auflagen mit dieser Entscheidung verbunden – Freilassung von politischen Gefangenen, Zurückhaltung bei chinesischen Waffenexporten in die Dritte Welt, Einfuhrstopp für Waren, die von Häftlingen hergestellt wurden –, aber die strikten Forderungen von Menschenrechtsgruppen, auf China durch die Verweigerung dieses Privilegs einen stärkeren Druck auszuüben, sind zunächst einmal nicht durchgedrungen. Das Votum fiel mit 55 gegen 44 Stimmen jedoch so knapp aus, daß sich Präsident Bush mit einem Veto durchsetzen würde, da die Zweidrittelmehrheit verfehlt wurde. Dies scheint nach Äußerungen des Präsidenten nicht wahrscheinlich zu sein. Für Bush geht es auch darum, China die Unterstützung der amerikanischen Politik im Golfkonflikt zu honorieren. Seitens der politischen Führung der VR China war im Vorfeld dieser Beratungen immer auch darauf hingewiesen worden, daß die Meistbegünstigungs-Klausel ja nicht eine Art Almosen sei, das die USA den Chinesen gewähren oder verweigern könnten, sondern daß im Falle der Ablehnung auch die amerikanische Wirtschaft mit großen negativen Konsequenzen zu rechnen habe. Eine Verweigerung der Meistbegünstigung würde in den USA etwa 20000 Arbeitsplätze gefährden.

## Die kommunistische Partei bleibt bei ihrem Kurs

Die politische Führung benutzte das 70jährige Jubiläum der Kommunistischen Partei Chinas, um in einem glorifizierenden Rückblick die großen Verdienste der Kommunisten für den Aufbau des „Neuen Chinas“ herauszustellen. In einer groß angelegten Rede betonte *Jiang Zemin*, der Generalsekretär der kommunistischen Partei: „Die Geschichte der vergangenen 70 Jahre beweist, daß nur unter Führung der KP Chinas und auf dem sozialistischen Weg unser Land erstarken, unsere Nation gedeihen und das Volk wohlhabend werden kann. Die Geschichte der vergangenen 70 Jahre bestätigt, daß unsere Partei mit dem Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen gewappnet, an Unabhängigkeit und Selbständigkeit und dem Vertrauen auf die eigene Kraft festhält und voll revolutionärer Schöpferkraft ist“ (Beijing Rundschau, Nr. 27, 1991, 16–37). Ein weiterer Teil der Rede umreißt die kommenden Aufgaben und erteilt allen Erwartungen auf einen grundlegenden Wandel eine klare Absage: „Sozialistische Wirtschaft chinesischer Prägung bedeutet, an dem sozialistischen Gemeineigentum an den Produktionsmitteln als Hauptsache festzuhalten und eine angemessene Entwicklung anderer Eigentumsformen zuzulassen und zu ermutigen... Eine sozialistische Politik chinesischer Prägung erfordert, daß wir an der demokratischen Diktatur des Volkes festhalten, die von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der

Arbeiter und Bauern beruht, und sie auf keinen Fall schwächen oder abschaffen... Die sozialistische Kultur chinesischer Prägung muß sich vom Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen leiten lassen. Der Pluralismus als Leitidee ist nicht erlaubt. Die Kultur muß am Dienst für das Volk und für den Sozialismus orientiert sein“ (a.a.O., S. 22–26).

Daß die außenpolitischen Entwicklungen nicht spurlos an der VR China vorübergehen, läßt ein Beitrag in der „Beijing Rundschau“ erkennen. Unter der Überschrift: „Das System der Mehrparteien-Zusammenarbeit und politischen Konsultation unter Führung der KP Chinas“ (Nr. 29, 1991, S. 12–18) beschreibt der Leiter der Einheitsfront, *Ding Guangneng*, wie andere politische Kräfte am politischen Meinungs- und Entscheidungsprozeß beteiligt sind. Zwar ist die kommunistische Partei de facto die einzig bestimmende politische Kraft im Lande, möchte andererseits aber den verschiedenen internationalen Strömungen zu Mehrparteiensystemen Rechnung tragen. Ding weist daher auf die in der VR China bestehenden „anderen demokratischen Parteien“ und gesellschaftliche Minderheiten und Gruppen hin, mit denen die kommunistische Partei in der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes seit Jahren „vertrauensvoll“ zusammenarbeite.

Der Artikel hält thesenhaft folgende Grundsätze fest: „Das System der Mehrparteien-Zusammenarbeit und politischen Konsultation unter Führung der KP Chinas ist ein grundlegendes politisches System in China. Die führende Stellung der KP Chinas wird von der Geschichte und den praktischen Bedingungen bestimmt. Die demokratischen Parteien spielen durch vielfältige Wege ihre Rolle bei der Teilnahme an den Staatsangelegenheiten und bei der demokratischen Kontrolle. Sie sind enge Partnerparteien der KP Chinas. Mit vereinten Kräften setzt man sich gemeinsam für die Sache des Sozialismus ein“ (a.a.O., S. 12). Herausgehoben wird auch, daß die politische Führung Konsultationen mit den „Verantwortlichen der fünf großen Religionen in China“ führe und *Jiang Zemin* am 30. Januar 1991 sich mit *Zhao Puchu* (Buddhist), *Ding Guangxun* (Protestant), *Zong Huaide* (Katholik), *Shen Xiayi* (Taoist) und *Li Yuhang* (Muslim) getroffen habe.

## Christliche Gruppen gelten als Störenfriede

Nach einer offiziellen Untersuchung, die landesweit in ganz China seitens des nationalen Büros für religiöse Angelegenheiten durchgeführt wurde, finden 70% aller religiösen Aktivitäten der chinesischen Katholiken und Protestanten außerhalb der Kontrolle der staatlichen Stellen statt. Dieses Ergebnis wurde auf einer nationalen Tagung über den Stand der religiösen Aktivitäten in Beijing bekanntgegeben, die vom 5. bis 12. Dezember 1990 abgehalten wurde. Wie wichtig der chinesischen Führung gegenwärtig das Problem des Einflusses der Religionen auf

dem politischen Sektor und die Verstärkung der Kontrolle religiöser Aktivitäten durch die Partei und Regierung ist, wurde daran deutlich, daß sowohl Ministerpräsident Li Peng als auch Generalsekretär Jiang Zemin Grundsatzreden hielten.

In manchen Gegenden Chinas bereitet den Parteigremien Sorge, daß die Anziehungskraft der Religionen im Wachsen begriffen ist, während die Bereitschaft, sich in der kommunistischen Partei zu engagieren, stark abnimmt. Diese Entwicklung beschreibt der stellvertretende Ministerpräsident *Wang Zhen*, der anklagend feststellt, daß das Prestige der kommunistischen Partei in den ländlichen Gebieten vor allem bei der Jugend ein Rekordtief erreicht habe, während die Anziehungskraft der westlichen Religion und des Kapitalismus in den Dörfern immer stärker wachse. Im Bezirk Handan in der Provinz Hebei hätten sich im letzten Jahr nur 270 Personen der Partei angeschlossen, während 813 katholisch geworden seien. In der Provinz Henan sei die Zahl der Katholiken zwischen 1982 und 1990 von 400 000 auf über eine Million gewachsen. Seitens der kommunistischen Partei wird versucht, für diese Entwicklungen soziologische Gründe zu nennen, die deutlich machen sollen, daß es generelle Unterentwicklung, mangelnde Schulkenntnisse, Folgen von Inzucht und andere negativen Faktoren sind, die ungebildete Menschen in ihren Schwierigkeiten zur Religion greifen lassen, um einen Ausweg zu finden. Dies geht z. B. aus einem Gutachten hervor, das eine Umfrage in zehn armen Dörfern im Bezirk Xiangshui in der Provinz Jiangsu wiedergibt, in denen fast 60% der Bevölkerung religiös Gläubige sind, während nur gut 30% der kommunistischen Partei angehören (vgl. *China News and Church Report*, 19.7.91).

Ganz offensichtlich haben die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern, aber auch Geschehnisse in den Philippinen und in Südkorea, den politisch bestimmenden Kräften in der VR China den Eindruck vermittelt, daß die christlichen Kirchen auf den Verlauf dieser Umwälzungen und Veränderungen einen starken Einfluß genommen haben. Auch wenn es bei den zahlenmäßig und organisatorisch schwachen Kirchen in China ziemlich abwegig erscheint, sehen die staatlichen Stellen in den christlichen Gruppen doch den status quo potentiell gefährdende Gruppierungen, die es zu kontrollieren und zu schwächen gilt. Besonders beunruhigt zeigten sich die Behörden von den Tätigkeiten der „Untergrundkirche“ in der Provinz Hebei und in der Inneren Mongolei. Auch die internationalen Kontakte der chinesischen Christen werden zunehmend mit Argwohn seitens der Regierung betrachtet. (EDA, no. 115, 16.7.91, S. 2 f.). Um diesen Entwicklungen gegenzusteuern, hat die Regierung im November 1990 für Nordchina und im Mai dieses Jahres für Südchina in Beijing besondere Schulungen für Führer der katholischen Kirche abgehalten, bei denen Vertreter des Büros für religiöse Angelegenheiten das regierungs- und parteiamtliche Verständnis der Religionspolitik erläuterten.

In bestimmten Regionen Chinas erstreckt sich diese Sorge aber auch auf andere Religionen. In der autonomen Region Xinjiang lebt die Mehrzahl der chinesischen *Muslimen*. In den letzten Jahren wurden immer wieder von politischen Auseinandersetzungen in dieser für China strategisch so wichtigen Region – hier befinden sich die meisten Installationen des chinesischen Raketen- und Weltraumforschungsprogramms – berichtet. Es war von bewaffneten Auseinandersetzungen mit den völkischen Minderheiten der Uiguren und anderer muslimischer Gruppen die Rede. Ende vergangenen Jahres wurden zwei die Religionen betreffende Dokumente erlassen: „Provisorische Bestimmungen über die Kontrolle religiöser Aktivitäten und des religiösen Personals in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang“ (dt. Text: China aktuell, Oktober 1990, S. 772–774). Beide Dokumente zielen auf eine verstärkte staatliche Kontrolle und die Abwehr ausländischer Einflüsse auf das religiöse Leben in China. Im Falle der Region Xinjiang soll vor allem der Einfluß fundamentalistischer islamischer Gruppen bekämpft und ausgeschaltet werden. Noch schärfer gingen die staatlichen Stellen gegen buddhistische Mönche in Tibet vor, da sie im Gefolge der 40-Jahrfeier der „Befreiung Tibets“ innere Unruhen befürchteten.

Auf einer ähnlichen Linie liegt ein internes Dokument der chinesischen Regierung, das unter dem Titel: „Wachsamkeit gegen Infiltration durch religiöse Kräfte aus dem Ausland“ auf die Arbeit bestimmter christlicher Gruppen aufmerksam macht, die vom Ausland her subversiv in China tätig werden. Namentlich genannt werden eine Reihe christlicher Rundfunksender und ihre Programme, Versuche, christliche Literatur illegal nach China einzuschmuggeln und den Mißbrauch des „akademischen Austausches und Stipendien“, um chinesische Wissenschaftler zu „verlocken“ und zu „bestechen“, Christen zu werden. Namentlich genannt werden in diesem Zusammenhang die deutsche „Adam-Schall-Gesellschaft“ und die belgische „Verbiest Stiftung“ (vgl. *China News and Church Report*, 15.3.1991, S. 1754). Seit dem 10. Juli 1991 sind verschärfte Zollbestimmungen für Druckerzeugnisse und audiovisuelle Produkte in Kraft, die in besonderer Weise auf religiöse Materialien aus dem Ausland zielen, deren Einfuhr auf dem Postweg generell verboten ist. Touristen dürfen solche Materialien nur für den eigenen Gebrauch in „angemessener Menge“ bei sich führen (vgl. *UCA-News*, 15.7.91, no. 619/A, S. 3).

## Festnahmen von Katholiken

Seit der Gründung einer eigenen Bischofskonferenz durch Bischöfe und Priester der „Untergrundkirche“ im November 1989 (vgl. *HK*, Dezember 1990, S. 557 ff.) haben die chinesischen Behörden immer häufiger Maßnahmen gegen Einrichtungen der katholischen Christen ergriffen, die außerhalb des Rahmens der offiziell staatlich genehmigten Organisationen tätig sind. Vor allem in der Provinz Hebei, wo diese Gruppen am stärksten sind,

wurden klösterliche Niederlassungen, Priesterseminare und Treffpunkte der Katholiken offiziell von der Regierung geschlossen und als illegal erklärt. Es kam zu zahlreichen Festnahmen und langwierigen Verhören von Priestern, Nonnen und Seminaristen.

Im Februar 1991 veröffentlichte Amnesty International einen eigenen Bericht über „Inhaftierte Katholiken in der Volksrepublik China, Jüngste Festnahmen und Langzeitinhaftierungen“ (dt. Text, veröffentlicht im Juli 1991), der die Fallbeschreibungen von 51 römisch-katholischen Bischöfen, Priestern und Laien enthält, die wegen ihres Glaubens oder friedlicher religiöser Aktivitäten in der VR China inhaftiert sind, sowie von acht weiteren, die unter Hausarrest stehen oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sein sollen.

Kritische Reaktionen gab es auf die Veröffentlichung der Ernennung von *Ignatius Gong Pinmei* zum Kardinal, die Johannes Paul II. schon 1979 „in pectore“ vorgenommen hatte und die jetzt anlässlich des letzten Konsistoriums vom Papst am 29. Mai (vgl. HK, Juli 1991, 297 f.) öffentlich bekanntgegeben wurde. Staatliche chinesische Stellen protestierten dagegen mit dem altbekannten Argument, daß sich der Vatikan damit wieder in die „inneren Angelegenheiten“ Chinas und der chinesischen Katholischen Kirche „eingemischt“ habe und damit zeige, daß er die Eigenständigkeit der chinesischen katholischen Kirche nicht respektiere. Entsprechende Stellen der chinesischen Bischofskonferenz, der patriotischen Vereinigung und der kirchlichen Administrativkommission – Bischof *Zong Huisaide* für CCPA und Generalsekretär *Liu Bainian* für die Kommission, sekundierten in gewohnter Weise. Da Kardinal Ignatius Gong Pinmei seit 1988 in den USA lebt, wohin er sich nach seiner Entlassung aus dreißigjähriger Haft zur medizinischen Behandlung begeben hat, erscheint der Protest gegen seine Kardinalserhebung gekünstelt. Geht man allerdings vom Zeitpunkt der „in pectore“-Ernennung aus, die ja schon 1979 erfolgte, d. h. zu einem Zeitpunkt, als sich Ignatius Gong Pinmei nach offizieller Lesart wegen „krimineller Verstöße“ noch in lebenslänglicher Haft befand, dann mag man darin einen Affront gegen die chinesische Führung sehen. Ansonsten zieht das Argument von der verletzten Eigenständigkeit der chinesischen katholischen Kirche wenig, da Kardinalsernennungen nun einmal unzweifelhaft immer ein Privileg des Papstes gewesen sind und keine Ortskirche auf der Welt jemals eigenständige Vorschläge für Kardinalsernennungen gemacht hat.

Nicht ganz deutlich ist, ob die Ausweisung des italienischen Priesters *Ciro Biondi* am 29. Juni 1991 aus Shanghai als eine Repressalie im Zusammenhang mit der Kardinalsernennung zu sehen ist. Biondi studierte seit einem Jahr Chinesisch an der East China Normal University in Shanghai. Zugleich stellte er sein Fachwissen der katholischen Druckerei in Shanghai zur Verfügung. Dem italienischen Priester wurde vorgeworfen, den Untergrundbischof *Fan Zhongliang* unterstützt zu haben. Bischof Fan wurde am 10. Juni wegen „gesetzwidriger Handlungen“ –

so die offizielle Version der chinesischen Behörden – verhaftet.

Trotz der vielfach verstärkten Repressalien gegen die Religionsgemeinschaften gibt es doch zugleich einen weiten Bereich, in dem das religiöse und kirchliche Leben sich weiter entwickelt und gedeiht. In diesem Jahr gab es z. B. eine ganze Reihe von Priesterweihen. So wurden in Shanghai am Pfingstsonntag 16 Neupriester und in Chengdu zu Ostern 8 Priester geweiht. Andere Seminare meldeten die ersten Priesterweihen seit ihrem Bestehen bzw. ihrer Wiedereröffnung. In Wuhan wurden im Mai 16 Neupriester von Bischof *Dong Guangqing* geweiht, die größte Zahl, die das regionale Priesterseminar in Wuhan bisher hervorgebracht hat.

## Der protestantische Einigungsprozeß an einem toten Punkt

Seit den Tianmen-Ereignissen wurden auch gegenüber den *chinesischen Protestanten* die staatlichen Maßnahmen auf den Gebieten der Erziehung und auch der Religionsüberwachung verschärft. Im November 1989 wurde sieben protestantischen Theologiestudenten, die im Ausland weiterführende Studien absolvieren sollten, die Ausreise verweigert.

In der Zwischenzeit scheint die Regierung wieder bereit zu sein, Ausreisegenehmigungen für solche Zwecke zu erteilen. Vor zwei Jahren hatte es Versuche gegeben, das Verhältnis zwischen dem Chinesischen Christenrat (CCC) und der Dreiselbstbewegung (TSPM) neu zu ordnen. Auch hier ging es darum, den Einfluß der patriotischen Dreiselbstbewegung auf das Kirchenleben eher einzuschränken und die Entwicklung des Christenrats zur vereinten Kirche zu stärken. Unter den Pfarrern und Theologiestudenten fand dieses Bemühen viel Verständnis, bestimmte Gruppen innerhalb der TSPM widersetzten sich aber, weil sie um ihren Einfluß fürchteten.

Was den Einigungsprozeß innerhalb der protestantischen Christen in China angeht, so ist wohl deutlich, daß der Chinesische Christenrat auf der Vollversammlung in Canberra (vgl. HK, April 1991, 179 ff.) im Februar nur deswegen als vollwertiges Mitglied in den Ökumenischen Rat der Kirchen aufgenommen werden konnte, weil er als „Kirche im Prozeß der Einigung“ (uniting Church) behandelt wurde. Von daher ergibt sich für die chinesischen Protestanten ein neuer Impetus, auf dem Weg zur Einigung weiterzugehen. Auf der anderen Seite bestehen bei einigen Mitgliedern des Chinesischen Christenrats, wie der „Little Flock“, den „Siebentageadventisten“ und der „True Jesus Church“ grundsätzliche theologische Bedenken gegen ein weiteres Vorgehen auf eine kirchliche Einheit. Gegenwärtig hat man so etwas wie einen toten Punkt erreicht: Auf der einen Seite will man diese kirchlichen Gruppen nicht aus dem CCC ausschließen, andererseits geht mit ihnen zusammen der Einigungsprozeß nicht weiter. Für Oktober/November dieses Jahres ist eine nationale Konferenz der protestantischen Christen vorgese-

hen unter dem Thema: „Die Kirche aufbauen“ (Doing a good job of building up the Church). Von dieser Veranstaltung werden neue Impulse auf dem Weg zur Kirchenveränderung erwartet.

Das zahlenmäßige Wachstum der protestantischen Christen hält ungemindert an. Alle zwei Tage werden drei Kirchen eröffnet, von denen ein Drittel Neubauten und die übrigen renovierte Kirchenbauten sind. Daneben gibt es noch Zehntausende von Treffpunkten, wo Christen sich zum Gebet und Bibellesen zusammenfinden. Seitens des CCC werden diese Gruppen, manchmal auch Hauskirchen genannt, von Pfarrern besucht. Bei den Gottesdiensten in den Treffpunkten werden Bibeln und Gesangbücher des

CCC verwendet. Die Zahl der in der von der Amity Foundation betriebenen Druckerei in Nanjing gedruckten Bibeln beläuft sich gegenwärtig auf 3 Millionen. Neben der Übersetzung in Umgangschinesisch gibt es eine Reihe von Ausgaben in verschiedenen Dialekten. Die Zahl der Pastoren – gegenwärtig sind gerade 1000 Pfarrer im Dienst, von denen die meisten schon recht alt sind – reicht bei weitem nicht aus, um die 6 Millionen protestantische Gläubige zu betreuen. Gegenwärtig gibt es 13 theologische Ausbildungsstätten für Pfarrer/innen, von denen aber nur die theologische Hochschule Nanjing über einen akademisch qualifizierten Lehrkörper verfügt.

Georg Evers

## Kurzinformationen

### Seine 52. Auslandsreise führte Papst Johannes Paul II. nach Polen und Ungarn

Beim Aufenthalt des Papstes in seinem Heimatland vom 13. bis 15. August handelte es sich um den zweiten Teil seines diesjährigen insgesamt vierten Polenbesuches, dessen erster Teil vom 1. bis 9. Juni stattfand (vgl. HK, Juli 1991, S. 300f.). Im Mittelpunkt dieser Reise stand die Teilnahme am sechsten katholischen Weltjugendtag, der am 14. und 15. August im Marienwallfahrtsort Tschenschostochau stattfand. Hunderttausende von Jugendlichen aus aller Welt kamen nach Tschenschostochau – die Veranstalter sprachen von rund einer Million Teilnehmern, das polnische Fernsehen gab 700 000 an –, die Mehrheit von ihnen aus Polen und anderen Ländern des früheren Ostblocks. Allein aus der Sowjetunion kamen nach offiziellen Angaben rund 100 000 Teilnehmer. In einer Ansprache am Fest Mariä Himmelfahrt rief der Papst zur Errichtung eines „gemeinsamen Hauses Europa“ auf der Basis von Solidarität und Frieden auf. Weitere Stationen seiner Polenreise waren Besuche in seinem Heimatort Wadowice und am Grab seiner Eltern in Krakau sowie Treffen mit Vertretern der Päpstlichen Theologischen Akademie von Krakau und der Leitung des Krakauer Priesterseminars, schließlich eine Begegnung mit den Teilnehmern des von der Lubliner Katholischen Universität veranstalteten Internationalen Theologischen Kongresses in den Räumen des Klosters auf dem „Jasna Gora“ von Tschenschostochau. – Von Krakau flog der Papst direkt nach Budapest zu seinem ersten Pastoralbesuch Ungarns, der vom 16. bis zum 20. August dauerte. In einer bereits vor Antritt der Reise aufgezeichneten Rundfunkbotschaft an alle Ungarn erklärte der Papst, er wolle mit seiner Reise die „Wiedergeburt der Kirche und der Nation fördern helfen“. Der insgesamt fünftägige Aufenthalt in Ungarn führte ihn als erstes zum Grab des 1989 offiziell rehabilitierten und 1975 in Wien gestorbenen früheren Primas von Ungarn und Erzbischofs von Esztergom, Kardinal *Jozsef Mindszenty*.

Desse Leichnam war erst vor wenigen Monaten nach Esztergom überführt worden. Die Tatsache, daß sich der Papst unmittelbar nach seiner Ankunft in Ungarn an das Grab Mindszentys begab, wurde auch als Anerkennung der dem kommunistischen Regime gegenüber unachgiebigen, in der ungarischen Kirche lange Zeit nicht unumstrittenen Haltung Mindszentys gewertet. Zu den Höhepunkten des Ungarnbesuches gehörten Gottesdienste in Pécs (Fünfkirchen), im Zentrum der griechisch-katholischen Kirche Ungarns in Mariapocs sowie ein Treffen mit Jugendlichen in einem Budapester Stadion. In zahlreichen Predigten und Ansprachen setzte sich der Papst für die Rechte der Minderheiten ein, so etwa in Mariapocs und bei einer Begegnung mit dem Diplomatischen Korps. Bei einem Treffen mit Kulturschaffenden forderte er die Sicherstellung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. Bei einem Empfang mit Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaft wies er zwar Kritik am Verhalten der Kirche während der Kriegsjahre zurück, verurteilte aber jede Form von Antisemitismus und sprach sich für einen intensiven Dialog von Juden und Christen aus.

### Hochrangiger Kurienvorteiler führte Gespräche mit der katholischen und orthodoxen Kirchenführung in Serbien und Kroatien

Vom 5. bis 7. August hielt sich Erzbischof *Jean-Louis Tauran*, Sekretär für die Beziehungen zu den Staaten im vaticanischen Staatssekretariat, im Auftrag des Papstes zu Gesprächen mit Kirchenvertretern und Politikern in Jugoslawien auf. Erzbischof Tauran nahm in Zagreb an einer Vollversammlung der jugoslawischen Bischofskonferenz teil. In einem nach dem Treffen veröffentlichten Communiqué hieß es zu der von Tauran vorgetragenen Position des Heiligen Stuhls zur jugoslawischen Krise: „Der Heilige Stuhl setzt sich für die Achtung legitimer Rechte und Bestrebungen aller Völker Jugoslawiens ein, die auf freie und demokratische Weise ihre Entscheidungen bezüglich